

Informationspflichten gemäß Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Datenschutzhinweise der Kreisverwaltung Bad Dürkheim, Jugendamt
**Jugendhilfeleistungen, erzieherische Hilfen und andere Aufgaben
(Sozialpädagogischer Bereich)**

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim
Tel.: 06322/961-0
Fax: 06322/961-1156
E-Mail: info@kreis-bad-duerkheim.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
Die Datenschutzbeauftragte
Philipp-Fauth-Straße 11
67098 Bad Dürkheim
Tel.: 06322/961-0
E-Mail: datenschutzbeauftragte@kreis-bad-duerkheim.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Zuständigkeitsprüfung - Beratung - Antragsbearbeitung - Kontaktmanagement - Erbringen von Leistungen und anderen Aufgaben, sowie Gewährung von Hilfen - Erstellen von Statistiken (anonymisierte Daten)

Ihre personenbezogenen Daten werden für die wirtschaftliche und rechtliche Abwicklung von Maßnahmen der Jugendhilfe einschließlich Kostenbeteiligungen und Durchsetzung von Erstattungsansprüchen erhoben und verarbeitet.

Rechtsgrundlagen:

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) der DSGVO-EU i. V. m. § 35 SGB I und §§ 67 ff. SGB X, Sozialgesetzbuch VIII, Jugendgerichtsgesetz, Bürgerliches Gesetzbuch und Ausführungsgesetze Schweigepflichtentbindung

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Personenbezogene Daten können, soweit eine gesetzliche Übermittlungsbefugnis vorliegt, an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Wirtschaftliche Jugendhilfe im Jugendamt
- Soziale Dienste im Jugendamt
- Kreiskasse Bad Dürkheim für Ein- und Auszahlungen
- Delegationsnehmer/Leistungserbringer der Jugendhilfe (mit entsprechender Zustimmung der Sorgeberechtigten zur Weiterleitung)
- Gerichte (z.B. Familien-, Jugendgerichte, Verwaltungsgerichte, Oberlandesgerichte)
- Polizei
- Staatsanwaltschaft
- Kreiskasse Bad Dürkheim für Ein- und Auszahlungen
- Mit der Umsetzung von Maßnahmen beauftragte Personen und Institutionen
- Sozialleistungsträger (Krankenkasse, Rententräger, Pflegeversicherung u.a.)
- Meldebehörde bei Wohnsitzermittlung
- Statistisches Landes- und Bundesamt in anonymisierter Form
- Andere Jugendämter
- Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundes- und Landesrechnungshof
- Rechnungs- und Prüfungsamt
- weitere Sozialleistungsträger/Rehaträger
- Auftragsverarbeiter (Fernwartung)

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet ggfs. statt.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Ihre Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüberhinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen und beträgt in der Regel 10 Jahre.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.